

Schwierigkeiten im Deutschen Nationalverband.

Selbständiges Vorgehen der Deutschradikalen.

In der gestrigen Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes wurden zunächst die Auslassungen des Abg. Daszynski über das Verhalten der Truppen in Galizien erörtert und einstimmig nachstehende Entschließung angenommen: „Der Deutsche Nationalverband weist die Pauschalbeschuldigungen, welche der Abg. Daszynski in der gestrigen Sitzung gegen die eigenen und gegen die verbündeten deutschen in Galizien kämpfenden Truppen vorgebracht hat, mit Entrüstung zurück.“

Daran schloß sich eine sehr lebhafte und eingehende Beratung des Antrages der deutschradikalen Partei, nach welchem die Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes alle Obmann- und Obmannstellvertreterstellen sowie die Referate in den Ausschüssen zurückzulegen haben. Die Debatte wurde vom Obmann Döbernick mit einer Darlegung der Gründe, welche in den bisherigen

Vorberatungen für und gegen den Antrag vorgebracht wurden, eingeleitet.

Abg. Teufel begründete hierauf den Antrag im Namen seiner Gruppe, wobei er insbesondere darauf hinwies, daß durch das Verhalten der sozialdemokratisch-slawischen Mehrheit im Hause die Lage für die Deutschen geradezu unerträglich geworden sei. Es könne nicht eingesehen werden, warum der Deutsche Nationalverband die Verantwortung für alle Geschehnisse im Hause übernehmen solle. Der Antrag bedeute kein Abrücken von der bisherigen Richtung im Sinne der Staatspolitik, er sei auch nicht gegen die Regierung gerichtet. Er bezwecke vielmehr die rasche Herbeiführung einer Klärung, die unbedingt notwendig sei.

Abg. Dr. Stölzel stellt dagegen den Antrag, daß die Beschlußfassung über den Antrag der deutschradikalen Partei bis nach der Abstimmung über das Budgetprovisorium im Ausschusse zu vertagen sei. Dr. Stölzel erklärte, die Stimmung, aus welcher der Antrag der Deutschradikalen entspringe, vollständig zu begreifen und dem Wesen nach mit ihm übereinzustimmen. Der Zeitpunkt zu einer entscheidenden tatsächlichen Aenderung sei noch nicht gekommen und man müsse alle Folgen der Annahme des Antrages wohl überlegen. „Auch für uns deutsche Abgeordnete,“ sagte Redner, „gilt das Wort Durchhalten, wir müssen alle Schwierigkeiten mit Rücksicht auf die Kriegslage auf uns nehmen und aushalten, solange es überhaupt möglich ist.“

Abg. Dr. v. Oberleithner beantragte nach kurzer Begründung lediglich die Zurücklegung der Referate politischer Natur, während Abg. Dr. v. Langenhahn den Antrag stellte und begründete, daß das Referat über den Staatsvoranschlag nicht durch ein Mitglied des Verbandes zu führen sei.

Namens der deutschen Agrarpartei gab Abgeordneter Dr. Walbner, namens der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Abg. Denz die Erklärung ab, daß sie bei aller Würdigung der Absichten, die in dem deutschradikalen Antrage gelegen sind, nicht in der Lage seien, für denselben zu stimmen, sich vielmehr dem Vertagungsantrage anschließen. In die Wechselrede griffen noch die Abg. Marchl und Dr. Steinwender ein.

Die Abstimmung, welche auf Antrag des Abgeordneten Dr. v. Mühlwert h namentlich vorgenommen wurde, vollzog sich unter großer Spannung. Für den Vertagungsantrag, welcher als der weitestgehende vom Vorsitzenden zuerst zur Abstimmung gebracht wurde, stimmten 47, gegen ihn 16 Mitglieder des Verbandes. Die Minorität setzte sich aus den Mitgliedern der deutschradikalen Partei, den beiden Mitgliedern der deutschen Arbeiterpartei und Abg. Dr. v. Lobgman zusammen. Die Abstimmung über die anderen Anträge entfiel.

Nach der Abstimmung erklärte Abgeordneter Wolf, daß der Vertagungsantrag zugleich die Ablehnung des Antrages der deutschradikalen Partei bedeute. Die deutschradikale Partei behalte sich die Freiheit des Handelns vor.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Um 8 Uhr abends trat dann die Deutschradikale Vereinigung zu einer Sitzung zusammen; über das weitere Verhalten soll die Fraktion heute Beschluß fassen. Es verlautet, daß dieser Beschluß dem Deutschen Nationalverbande mitgeteilt werden wird. In deutschen Parteikreisen wird angenommen, daß der Deutsche Nationalverband in seiner bisherigen Form nicht weiter bestehen werde, sondern durch einen Vollzugsausschuß der deutschbürgerlichen Parteien ersetzt werden dürfte.